



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

Bundespräsident

Druck auf Gauck

Parteiübergreifendes Votum für zweite Amtszeit

Angesichts der großen Herausforderungen in der Flüchtlingskrise versuchen führende Politiker, Bundespräsident Joachim Gauck, 76, dazu zu bewegen, sich noch einmal wählen zu lassen. „Ich würde mir wünschen, dass Joachim Gauck für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht“, sagte CSU-Chef Horst Seehofer dem SPIEGEL. „Er hat mit seinen ausbalancierten, klugen Aussagen bewiesen, dass er der richtige Mann im Schloss Bellevue ist.“ SPD-Chef Sigmar Gabriel hat Gauck bereits zum Weitermachen ermuntert. Und wie aus dem Bundeskanzleramt zu hören ist, befürwortet auch Angela Merkel eine zweite Amtszeit Gaucks. „Das würde uns viele Probleme ersparen“, heißt es. Im derzeit angespannten Klima möchte die Koalition keinen Streit um einen

neuen Kandidaten riskieren. „Er übt das Amt des Bundespräsidenten auf ganz hervorragende Weise aus“, lobt der hessische Ministerpräsident und Vize-CDU-Chef Volker Bouffier. Auch Grünen-Chef Cem Özdemir wünscht sich Gaucks Verbleib im Schloss Bellevue, denn dieser fülle das höchste deutsche Staatsamt mit Würde, Weitsicht und Gelassenheit aus. „Wir Grüne haben ihn beim ersten Mal unterstützt. Wir werden es wieder tun“, sagt Özdemir. Bislang gingen die Spitzen der Koalition davon aus, dass der parteilose Gauck aus Altersgründen nicht noch einmal antritt. Nun hoffen sie, dass er seine Meinung ändert, wenn der öffentliche Druck groß genug wird. Gauck hat sich bisher nicht zu einer erneuten Kandidatur geäußert. ama, rp

Zeitgeschichte Begrenzte Freundschaft

Frankreich hat während des Kalten Krieges ausgeschlossen, im Fall eines sowjetischen Angriffs auf die Bundesrepublik den Bündnispartner mit französischen Atomwaffen zu verteidigen. Das geht aus einem Geheimvermerk über ein Gespräch zwischen Präsident François Mitterrand und Kanz-

ler Helmut Kohl am 17. Dezember 1985 hervor. Darin erklärte Mitterrand, sein Land sehe sich „nicht in der Lage, Deutschland nuklearen Schutz zu bieten“. Andernfalls würde es sich einer „tödlichen Gefahr“ aussetzen. So steht es in der Mitschrift, die das Institut für Zeitgeschichte mit anderen Dokumenten jetzt im De Gruyter Verlag veröffentlicht. Trotz dieser Absage erklärte Kohl,

„als Freund“ billige er Mitterrands Standpunkt. Der Präsident räumte damit indirekt ein, dass die viel gerühmte



Mitterrand, Kohl in Bonn 1982

französische Force de Frappe militärisch von geringem Wert gewesen sei. Mitterrand zufolge kam alles auf die USA an. Wenn diese im Ernstfall nicht eingriffen, würde Frankreich „gemeinsam mit Deutschland untergehen“, sagte er. Immerhin versprach er dem Bundeskanzler, ihn im Konfliktfall zu konsultieren – vor dem Einsatz französischer Atomwaffen, die auf deutschem Boden explodieren könnten. klw

POLY-PRESS / ULLSTEIN BILD